

Rede AsA bei Internationale Wochen gegen Rassismus 2022

„Nach Afghanistan geht Gott nur noch zum Weinen“. Dieser Titel eines Buches von Siba Shakib trifft leider weiterhin zu.

Seit der Machtübernahme durch die Taliban im August letzten Jahres hat sich besonders die Situation von Frauen in Afghanistan verschlechtert. Sie können kaum noch ihren Beruf ausüben. Sie können ohne männliche Begleitung nicht mehr auf die Straße. Die älteren Mädchen können nicht mehr in die Schule gehen.

Frauenrechtlerinnen werden verhaftet und ermordet. Viele von ihnen hatten gehofft, dass sie evakuiert werden und damit nicht mehr weiter um ihr Leben fürchten müssen. Viele Ortskräfte der Bundeswehr hatten auch auf die versprochene Evakuierung gehofft. Viele Medienschaffende hatten gehofft – aber nur wenige wurden in Sicherheit gebracht. Viele Journalist*innen und Vertreter*innen von NGOs, viele Künstler*innen und einfach viele, viele Menschen, die das brutale Weltbild der Taliban nicht teilen, verstecken sich weiterhin jeden Tag und hoffen, dass die neuen Machthaber nicht an die Tür klopfen.

Aber nicht nur die Bedrohung durch die Taliban kostet täglich Menschenleben. Hinzu kommt eine katastrophale Versorgungslage. Laut Internationalen Hilfsorganisationen sind 24,4 Millionen Menschen in Afghanistan auf Hilfslieferungen angewiesen, darunter 13 Millionen Kinder. Wegen der Dürre und der katastrophalen politischen Lage wurde nur wenig Getreide geerntet, viele Felder wurden gar nicht bestellt.

Vor allem Kinder leiden Hunger. Und Familien verkaufen aus Verzweiflung ihre Kinder für ein paar hundert Dollar. Vor allem Mädchen werden verkauft.

Welches Leben sie bei einem älteren Mann erwartet, das mögen wir uns gar nicht vorstellen.

So viel Elend – und doch bewegt es in Europa nur wenige.

Dabei erleben wir gerade eine unglaublich tolle Hilfsbereitschaft.

Inmitten der euphorischen Unterstützung für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine dürfen wir die anderen Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten nicht vergessen!

Der EU-Ratsbeschluss aus dem Jahr 2001 (!) zu Geflüchteten aus der Ukraine sät Unfrieden zwischen Menschen, die aus verschiedenen Kriegsgebieten kommen, sät Unfrieden zwischen Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern und mit verschiedenen Hautfarben. Die Zurückweisung an den Grenzen von Nicht-Ukrainern, von Geflüchteten aus Nigeria, Ägypten und der offene Rassismus, der den Menschen entgegenschlägt, die nicht "wie wir" sind, ist ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen und birgt die Gefahr eines großen Rückschritts weg von einer offenen Gesellschaft hin zu offen gezeigtem Rassismus.

In der Ukraine sind z.B. Studierende aus Drittstaaten, Arbeitsmigranten, Geflüchtete aus Afghanistan, Roma usw. Die Situation dieser Menschen sei aktuell unklar, heißt es.

Diese Menschen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren!

Aber auch die Menschen, die vor Jahren nach Regensburg geflüchtet sind, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Es ist zu begrüßen, dass jetzt das Busfahren mit einem ukrainischen Pass umsonst ist. Im Juli 2021 aber wurde ein junger Mann nach Kabul abgeschoben, weil er einige Jahre zuvor ohne Fahrschein erwischt wurde. Er

wollte beim Amt die Papiere für die Heirat mit seiner Freundin abgeben – und landete statt vor dem Standesamt im Abschiebeflieger. Mittlerweile ist er in Pakistan, sein Schicksal ist ungewiss. Ob er nach Deutschland zu seiner Verlobten zurückkommen kann, ist ungewiss.

Ungewiss ist auch die Situation vieler Menschen, die vor Jahren aus Afghanistan geflüchtet sind. Über ihre Asylfolgeanträge muss das BaMF schnell positiv entscheiden. Seit August 2021 passiert hier nichts. Jede und jeder, die und der sich mit Afghanistan beschäftigt, weiß, dass auf Jahre gesehen eine Rückkehr unter menschenwürdigen Bedingungen nicht möglich sein wird.

Viele andere Geflüchtete leben im Ungewissen.

Überall in Europa, auf den griechischen Inseln, in der Türkei, in Weißrussland, ... sitzen Flüchtende fest, teilweise in Lagern, teilweise in Wäldern, teilweise auf der Straße. Sie werden gerade vergessen – und dabei sind sie auch Menschen wie wir.

Ein Umdenken für ALLE Geflüchteten, ein Schaffen von humanen Lebensbedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, ist längst überfällig! Die Integrationsverhinderungsstrategien, der Kampf gegen Abschiebungen, der bürokratische Wahnsinn der vergangenen Jahre darf sich nicht wiederholen.

Ankerzentren, Residenzpflicht, Beschäftigungsverbote, diese Hürden gehören abgeschafft!

So sind die aktuellen Signale aus der Politik erst mal begrüßenswert. Der Zugang zu Beschäftigung soll von der Ampel-Koalition erleichtert werden. Bewerten wir aber nicht die Worte, sondern blicken auf die Handlungen/ Taten. Auch jetzt ist die Politik überrascht von der Zahl der Ankommenden,

bereits jetzt schlafen Menschen wieder auf der Straße, werden private Wohnungsbörsen organisiert, springt die Zivilgesellschaft ein.

Und in Regensburg? Ehrenamtliche organisieren sich, um Ankommende zu unterstützen, renovieren Wohnungen, sammeln für Hilfstransporte. Wir sind seit vielen Jahren Teil der Zivilgesellschaft, die sich ehrenamtlich und hauptberuflich engagieren, helfen, spenden, begleiten und eine internationale Solidarität leben. Wir sind aber auch der Meinung, dass der Staat diese Aufgaben nicht wieder alleine auf den Schultern der Ehrenamtlichen abladen kann. Geflüchtete verdienen eine professionelle Betreuung, die Schutz vor Missbrauch und einer Überforderung sowohl der Helfenden als auch der Geflüchteten so weit als möglich ausschließen muss.

Wir fordern von der Politik, insbesondere der Ampelkoalition, ein Umdenken beim Umgang mit allen Geflüchteten, egal woher sie kommen. Für Regensburg fordern wir deshalb:

- Großzügige Erteilung der Auszugserlaubnis aus den Gemeinschaftsunterkünften!
- Keine Arbeitsverbote mehr!
- Gleichbehandlung der Geflüchteten bei städtischen Maßnahmen wie kostenlosem Busfahren, egal ob sie aus der Ukraine oder anderswoher kommen!

Alle Menschen sind gleich!